



Dr. Hubertus Knabe ist Stasi-Forscher und Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

»Die Stasi lebt«

Hubertus Knabe analysiert die Strategie der Linkspartei und erläutert, warum ehemalige SED-Kader zu den Gewinnern der deutschen Einheit gehören

und in Lager verbracht oder in die Sowjetunion deportiert worden. Wenn führende SPD-Politiker jetzt so tun, als wäre die Linke eine ganz normale Partei, dann ist das schon erstaunlich – zumal man sich damit die eigene Konkurrenz heranzüchtet.

In einer aktuellen Debatte des Deutschen Bundestages hat Gregor Gysi erneut bestritten, für die Stasi gearbeitet zu haben. Marianne Birthler und Sie stehen da auf einem ganz anderen Standpunkt. Wie bewerten Sie Gysis Auftritt?

Im Gegensatz zu seinen sonstigen Gewohnheiten hat er nicht frei gesprochen, sondern sein Statement vom Manuskript abgelesen. Man merkte ihm sein schlechtes Gewissen förmlich an. Seine Behauptung, er hätte nicht mit der Stasi, sondern „nur“ mit dem ZK der SED gesprochen, spricht für sich. Wenn sie stimmen würde, würde das die Sache ja noch schlimmer machen: Dann hätte er seine Mandanten direkt an die Machthaber in der DDR verraten und nicht an deren Handlanger von der Stasi.

Gysi sagt, über ihn sei 1980 ein IM-Vorlauf erstellt worden. Also könne er vorher gar nicht als IM tätig gewesen sein.

Laut einem Stasi-Bericht wurde Gysi bereits 1975 „inoffiziell zur Zusammenarbeit gewonnen“ – auch wenn er dies immer wieder frech bestreitet. Angeworben hatte ihn danach eine andere Abteilung, die ihn später der Abteilung „zur Verfügung“ stellte, die für Dissidenten zuständig war. Als Anwalt prominenter Oppositioneller, insbesondere Rudolf Bahros und Robert Havemanns, war er für die Stasi ausgesprochen wichtig. Über zahllose Gespräche mit seinen Mandanten erhielt sie detaillierte Berichte und sogar juristische Ratschläge. 1980 holte sie sich dann die Genehmigung, Gysi ganz zu übernehmen. Deshalb legte sie den IM-Vorlauf an. Wegen seiner „Zuverlässigkeit“ und „Einsatzbereitschaft“ sollte er bereits beim nächsten Treff mündlich durch Handschlag verpflichtet werden – was bei Prominenten üblich war.

Während Gysi erst in der DDR Karriere gemacht hat, jetzt als Fraktionsvorsitzender üppige Diäten bezieht und nebenbei noch in einer Anwaltskanzlei arbeitet, stehen die Verfolgten des Stasi-Regimes oft mit leeren Händen da. Warum ist es in diesem Land nicht möglich, wenigstens im Nachhinein Gerechtigkeit einzufordern?

Im Bundestag sitzt ein ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter und im Landtag Thüringen gibt es sogenannte „parlamentsunwürdige Abgeordnete“ – also auch ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR. Gleichwohl haben SPD und Grüne wenig Berührungspunkte mit der Linkspartei. Sie selbst haben sich sehr früh bei den Grünen engagiert. Ihr Vater war sogar Mitbegründer der Partei. Schmerzt Sie der sorglose Umgang von SPD und Grünen mit den Erben Honeckers?

Bei den Grünen schmerzt es mich besonders, weil sie vor der Wiedervereinigung als einzige Partei einen intensiven Kontakt zu Bürgerrechtlern der ehemaligen DDR pflegten. Mein Vater hat seinerzeit zum Beispiel – unter dem Schutz seiner Immunität als Bundestagsabgeordneter – eine Druckanlage für die Umweltbibliothek nach Ostberlin geschafft. Es ist bedrückend zu sehen, wie wenig diese Tradition beachtet wird und dass aus reinem Machtstreben heraus mit der einstigen Diktaturpartei der DDR Bündnisse hergestellt werden. Noch unverständlicher ist für mich allerdings das Verhalten der SPD, die wie keine andere Partei unter dem SED-Regime gelitten hat. Unter dem DDR-Regime sind tausende Sozialdemokraten verhaftet

Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hat einmal gesagt: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“. Eigentlich dürfte dies jedoch kein Gegensatz sein, denn ein Rechtsstaat, der keine Gerechtigkeit schafft, ist ein schlechter Rechtsstaat. Verantwortlich ist denn auch nicht der Rechtsstaat, sondern der mangelnde politische Wille, die Verantwortlichen für die kommunistische Diktatur zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gesetze, nach denen der Rechtsstaat funktioniert, werden schließlich von Politikern gemacht. Im Rückblick muss man sagen, dass sich Widerstand und Zivilcourage in Deutschland nicht lohnen. Wer in der DDR Abteilungsleiter im Innenministerium war, bekommt diese Tätigkeit als „Lebensleistung“ durch die Rentenkasse anerkannt. Wer in der DDR im Gefängnis saß, wer aus politischen Gründen nicht studieren oder sein Abitur machen durfte, der wird durch eine entsprechend geringere Rente immer noch dafür bestraft. Diese Art des Umgangs mit Tätern und Opfern hat eine unrühmliche Tradition. Auch die Witwe des Volksgerichtshofspräsidenten Freisler bekam 1974 von der Bundesrepublik aufgrund der „fachlichen Qualifikation“ ihres Mannes noch im Nachhinein eine Rentenerhöhung.

In Thüringen haben SPD, Grüne und Linkspartei – im Gleichschritt mit der NPD – den designierten Kultusminister Krause zu Fall gebracht, weil dieser vor vielen Jahren kurzzeitig Redakteur der rechtskonservativen Wochenzeitung Junge Freiheit war. Dabei konnte man Krause in keinem einzigen Fall vorwerfen, den Verfassungsbogen in Wort und Schrift verlassen zu haben. Im Gegenteil: Krause gehörte zu den Oppositionellen in der DDR, wurde mit Berufsverbot belegt und gehörte zu den Gründern des „Neuen Forums“. Gleichwohl drohte Bodo Ramelow von der Linkspartei, „man werde sich künftig um die Krauses kümmern“. Bestimmen künftig Gysi und Genossen, was in diesem Land gesagt oder nicht gesagt werden darf?

Das Befremdliche an der Debatte war, dass die Ernennung einer anderen Ministerin, die als Abgeordnete der DDR-Volkshammer das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens gutgeheißen hatte, keinen Anstoß erregte. Dass ein Mitbegründer des „Neuen Forums“ in dieser Weise abgeschossen wurde, erinnert mich an alte kommunistische Strategien, durch „antifaschistische“ Kampagnen politisch an Boden zu gewinnen. Die PDS arbeitet seit Jahren daran, den antitotalitären Konsens in Deutschland durch einen platten Antifaschismus zu ersetzen. Nach der Methode „Haltet den Dieb“ schlägt man auf den Nationalsozialismus ein, um von den eigenen Untaten abzulenken und selbst als entschlossene Demokraten zu erscheinen. Der Nebeneffekt ist, dass auch die DDR im Vergleich mit den Leichenbergen des NS-Regimes dann geradezu als Menschenparadies erscheint. Die Linke kommt mit dieser Strategie durch, weil ihr Demokraten und NS-Gegner nicht geschlossen entgegneten. Wenn SPD und Grüne gemeinsam mit der PDS gegen Neonazis demonstrieren, ist es für die CDU schwer zu sagen, wir machen da nicht mit.

In Ihrem Buch „Die Täter sind unter uns“ weisen Sie nach, dass sich in den öffentlichen Rundfunkanstalten und im Zeitungs-wesen jede Menge offizielle und inoffizielle IMs tummeln. Ist das eine Erklärung für die Kampagne gegen Peter Krause?

Vor allem in den neuen Bundesländern gibt es in den Medien viele Altlasten. Die alten DDR-Zeitungen wurden zwar von west-

lichen Verlagen gekauft, aber meist mit den alten Redakteuren weitergeführt. Entsprechend ist die Atmosphäre in vielen Redaktionsstuben. Die neuen Besitzer interessierten sich nicht sonderlich für die Aufarbeitung der Vergangenheit. Zudem wurden beim Stasiunterlagengesetz die privaten Medien nicht in die Stasi-Überprüfungen einbezogen, was ein schwerwiegender Fehler war. Dass die SED-Diktatur von den Medien häufig so mild betrachtet wird, hat aber noch andere Ursachen. Vor allem linksliberale Journalisten haben der Diktaturverklärung immer wieder ein Forum gegeben. Sabine Christiansen zum Beispiel hat Gregor Gysi 22 mal in ihre Talkshow eingeladen – wann aber saß einmal ein Opfer in ihrer Runde? Das Verständnis für linke Diktaturen hat in Deutschland leider eine lange Tradition: von den Intellektuellen der Weimarer Republik über die DDR-Schönredner in der Zeit der Entspannungspolitik bis zu den Verantwortlichen für die Ostalgie-shows im Fernsehen oder den kritiklosen Berichterstattungen von PDS-Parteitagern.

Sie beschreiben in Ihren Büchern, wie die PDS die SED-Gelder illegal beiseite geschafft hat. Haben Sie Kenntnisse darüber, wohin das Geld geflossen ist und über welche Summe sprechen wir?

Im Jahr 1990 hatte die SED/PDS ein Vermögen von geschätzten 13 Milliarden Mark, also rund 6,5 Milliarden Euro. Mindestens 5 Milliarden Euro sind davon bis heute verschwunden. Unter ihrem damaligen Vorsitzenden Gysi hat die PDS eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, dieses Vermögen illegal beiseitezuschaffen. So wurden zum Beispiel Unsummen an Gewährsleute gespendet oder ominöse GmbHs mit riesigen Darlehen versorgt. Die Partei weigert sich bis heute, offenzulegen, wohin das Geld damals geflossen ist. Die Untersuchungskommission, die den Verbleib des Geldes auffindig machen sollte, hat rund 15 Jahre gebraucht, um etwas mehr als eine Milliarde wieder auszugraben. Doch wer kümmert sich um diesen Skandal? Politisch ist das kaum ein Thema. Auch bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten ist der Erfolgswille nur schwach ausgeprägt. Wenn man bedenkt, wie rigoros bei anderen Parteien das Thema „schwarze Kassen“ debattiert worden ist, ist das erstaunlich.

In Ihrem erwähnten Buch „Die Täter sind unter uns“ trägt das letzte Buchkapitel den Titel „Die Stasi lebt!“. Das macht Angst...

Viele denken, dass mit dem Ende von DDR und Stasi auch die dafür Verantwortlichen verschwunden seien. Sie sind aber nach wie vor unter uns. Viele Stasi-Mitarbeiter haben sich in Vereinen wie GRH (1 500 Mitglieder) oder ISOR (26 000 Mitglieder) organisiert. Sie haben sich zusammengeschlossen, um gegen ihre Bestrafung und für höhere Renten zu kämpfen – und hatten im Wesentlichen Erfolg damit. Jetzt kämpfen sie um ein anderes Bild der DDR als angeblichen Versuch, eine bessere Gesellschaft zu errichten. Die Jüngeren sind oft in die freie Wirtschaft gegangen, weil es dort kaum Überprüfungen gab. Sie haben zum Beispiel Dutzende neuer Sicherheitsfirmen gegründet, die oftmals in sehr sensiblen Bereichen tätig sind – etwa für die Telekom Aufsichtsratsmitglieder und Journalisten bespitzeln. Hier hat man nach der Wiedervereinigung den Bock zum Gärtner gemacht. Der Telekom-Skandal ist nur die Spitze des Eisbergs. ■

Mit Hubertus Knabe sprach Joachim Schäfer